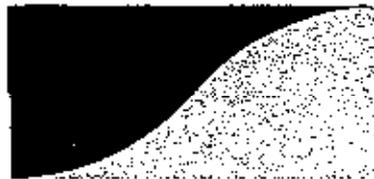


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 233

7. Dezember 1981

Dietrich Sperling MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister, wendet sich gegen Staffelmieten im Bestand: Das Mietrecht ist kein Steinbruch. Seite 1

Andreas von Bülow, Bundesforschungsminister, schildert die Sicherung der Energieversorgung im vielschichtigen Kräftefeld: Eine der größten Herausforderungen. Seite 3

Peter Struck MdB fragt, ob der Bundesinnenminister tatsächlich so wenig über Rechtsradikale weiß: Schlecht informiert. Seite 6

Hans-Georg Lorenz MdA kritisiert den Ausländererlaß des Berliner Innensenators: Grundlage der Verständigung zerstört. Seite 8

Das Mietrecht ist kein Steinbruch

Staffelmieten im Bestand lösen die Probleme nicht

Von Dr. Dietrich Sperling MdB
Parlamentarischer Staatssekretär für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die jährliche Neuproduktion von Wohnungen in der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Dieser Rückgang hat besonders den freifinanzierten Mietwohnungsbau betroffen. Gleichzeitig haben Investitionen in den vorhandenen Bestand zugenommen und zu teilweise unerwünschten sozialen Verdrängungsprozessen geführt.

Von interessierter Seite wird das Mietrecht für die mangelnden Neubauinvestitionen verantwortlich gemacht. Ein Blick ins Ausland - in Länder ohne vergleichbares Mietrecht und mit vergleichbarer bauwirtschaftlicher Situation - und der Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Wohnraumkündigungsschutzgesetz zeigen, daß das Mietrecht kein Investitionshemmnis ist. Man muß hinzufügen: kein objektives Investitionshemmnis.

Wer die gegenteilige Behauptung lange und intensiv verbreitet, wird damit aber sicher subjektiv Wirkung erzielen und die herbeigeredete Verunsicherung als Beleg für die eigene Behauptung benutzen können.

Unbestreitbar ist, daß die Kostenentwicklung (Grundstückskosten, Finanzierungskosten und an dritter Stelle die Bau-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Printed in Germany
by Hermannsdruckerei
Bonn-Beuel



kosten) im freifinanzierten Wohnungsbau Mieten erforderlich macht, die der Markt nicht hergibt. Wohnungen sind jedoch langlebige Güter, die erst allmählich in "Wirtschaftlichkeitszonen" hineinwachsen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat deshalb in seiner Regierungserklärung vom November 1980 die Zulassung von sogenannten Staffelmieten, das heißt vertraglich vereinbarter Mietsteigerungen für den freifinanzierten Wohnungsneubau angekündigt. Zusätzlich ist die Möglichkeit zur degressiven Abschreibung der Gebäudekosten verbessert worden. Mit der Staffelmiete soll den Investoren ermöglicht werden, längerfristiger zu kalkulieren, um den Bereich der Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Dies ist ein Angebot, über dessen Wirksamkeit noch keine Erfahrungen vorliegen.

Erfahrungen mit der Staffelmiete und der verbesserten degressiven Abschreibung sollten deshalb abgewartet und ausgewertet werden, bevor weitergehende Forderungen gestellt werden. Es hat keinen Sinn, aus modelltheoretischen oder ideologischen Überlegungen heraus ohne konkrete Erfahrungen die Unwirksamkeit der Maßnahmen schon jetzt festzustellen. Wer dies tut und weiter am Mietrecht nagt, setzt sich dem Verdacht aus, daß es ihm um andere Zielsetzungen geht: um die Aushöhlung des gesamten Mietrechtes und des Mieterschutzes.

Besonders widersinnig ist die Behauptung, daß um der Einheit des Marktes willen auch Staffelmieten im Bestand, für längst abgeschriebene Gebäude zugelassen werden müssen. Damit würde das Mietenniveau erhöht, ohne daß der Neubau gefördert wird.

Die Behauptung, daß die Mieten im Bestand niedrig und festgeschrieben seien, ist im übrigen sachlich falsch. Der jährliche Mieterwechsel im Bestand beträgt circa zehn Prozent und bei den jeweiligen Neuvermietungen werden erhebliche Mietsteigerungen durchgesetzt. Nach Studien des Bauministeriums liegen diese bei 32 Prozent.

Dies zeigt: Staffelmieten im Bestand sind auch aus Gründen der Mietentwicklung überflüssig. Es ist sinnvoller, die Wirkung des Angebotes Staffelmiete im Neubau und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten abzuwarten, als dieses Angebot schon jetzt als unzureichend zu diskreditieren.

(-/7.12.1981/hi/ca)

+ + +



Eine der größten Herausforderungen

Die Sicherung der Energieversorgung in einem vielschichtigen Kräftefeld

Von Andreas von Bülow MdB

Bundesminister für Forschung und Technologie

Da die Bundesrepublik Deutschland ein rohstoffarmes Land ist, das den weitaus überwiegenden Teil der benötigten Rohstoffe mit erheblichen Belastungen für seine Leistungsbilanz importieren muß, hat die sparsame und rationelle Verwendung der Rohstoffe bei uns einen besonders hohen Stellenwert. Wer werden das Energieproblem nicht allein durch bloße Substitution von Öl lösen, indem die Nutzung anderer Energieträger wie Kohle, Gas oder Kernenergie einfach ausgeweitet wird. Die vor uns liegende Aufgabe geht darüber hinaus. Die Entwicklung des weltweiten Energiebedarfs, die verfügbaren Mengen fossiler Energieträger, die Notwendigkeit der Umwelterhaltung, Kosten- und Verteilungsprobleme für unsere Volkswirtschaft sowie die Streuung von Risiken und Energieversorgung verlangen einen breiten Ansatz: Wir werden unsere Energieversorgungsstruktur erstens so ändern müssen, daß Energie - vor allem Öl - eingespart und rationell genutzt wird, das heißt Selbstbeschränkung im Endenergiebereich einerseits und Erhöhung der Wirkungsgrade der Umwandlung von Primärenergie in Nutzenergie andererseits. Wir werden unsere Energieversorgungsstruktur zweitens so ändern müssen, daß wir vor allem die Energieträger nutzen, die wir selbst zur Verfügung haben oder die wir verhältnismäßig einfach entwickeln können.

Die Sicherung der Energieversorgung auf diesem Weg ist eine der größten Herausforderungen, vor der wir stehen. Sie ist es zu einem in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Sie stellt ferner erhebliche Anforderungen an unseren wissenschaftlich-technischen Sachverstand und seine Umsetzung. Mit ihr verbinden sich schließlich auch tiefgreifende gesellschaftspolitische Fragen. Zweifel an unserer Industriegesellschaft und eine skeptische bis feindliche Haltung gegenüber der Technik werden unter starker Bezugnahme auf die Energiepolitik geäußert.

Unsere hochentwickelte Wirtschaft läßt sich nicht von heute auf morgen, sozusagen auf Knopfdruck, umstrukturieren. Die Öffentlichkeit und insbesondere auch Fachleute in Wissenschaft und Wirtschaft, die eine langsamere Umstrukturierung unserer Energieversorgung feststellen als es technisch und zum Teil auch wirtschaftlich möglich wäre, sollten nicht vergessen, daß Energiepolitik unter den Strukturmerkmalen der Bundesrepublik Deutschland - parlamentarische Demokratie, föderale Struktur, soziale Marktwirtschaft - in einem vielschichtigen Kräftefeld stattfindet. In diesem Feld wirken neben der Bundesregierung auch noch Länder und Gemeinden, Parteien und Parlamente, Gerichte und vor allem auch die Energiewirtschaft selbst mit. Die energiepolitischen Entscheidungsprozesse sind daher nicht einfach, sie brauchen Zeit. Vielfältige Abstimmungsverfahren sind nötig und müssen koordiniert werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu etwa 60 Prozent von Energieimporten abhängig - beim Öl zu rund 95 Prozent, beim Gas zu rund 70 Prozent. Für die Netto-Energieimporte mußten 1980 rund 65 Milliarden DM ans Ausland - insbesondere an die erdölproduzierenden Länder - gezahlt werden. Das entsprach 20 Prozent der deutschen Ausfuhren. 1972 mußten nur sechs Prozent und 1978 elf Prozent der Ausfuhr zur Begleichung der Energierechnung ans Ausland aufgewendet werden.

Die Deutsche Bundesbank führt das Loch in unserer Leistungsbilanz von 1978 bis 1980 in Höhe von 78 Milliarden DM zur Hälfte auf die überdurchschnittliche Erhöhung der Ölpreise zurück. Das Geld für diese Zahlungen kann im Inland nicht ein zweites Mal zum Beispiel für Investitionen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation oder zu Einkommens- und Wohlstandssteigerungen verwendet werden.



Mir scheint, daß wir in den energiepolitischen Diskussion den Devisenaufwand für eine Tonne Steinkohleeinheit bei verschiedenen Energieträgern nicht einfach ignorieren können. Er beträgt für schweres Heizöl 369 DM, für Erdgas 330 DM, für Importkohle 154 DM. Wenn das importierte Uran auch noch bei uns angereichert und wiederaufgearbeitet wird, dann sinkt der Devisenaufwand für Uran auf 5,70 DM.

Die jüngsten Zahlen über den Energieverbrauch in der Bundesrepublik spiegeln die beachtlichen Erfolge bei der Energieeinsparung, die mit Unterstützung der Energiepolitik der Bundesregierung erzielt worden sind. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres ging der Primärenergieverbrauch gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,9 Prozent zurück. Für 1981 wird der Primärenergieverbrauch bei rund 370 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) liegen - das ist etwa so viel wie 1973; 1979 waren es noch 408 Millionen Tonnen SKE. Wir haben inzwischen eine weitgehende Entkoppelung zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauchszuwachs erreicht. Die Gründe mögen auch konjunktureller Art sein. Aber immerhin nahm der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik von 1973 bis 1980 insgesamt nur um 3,1 Prozent zu, während das Bruttosozialprodukt in dieser Zeit um 17,5 Prozent anstieg.

Der Einspareffekt beim Öl ist noch größer. Für 1981 kann mit einem Rückgang gegenüber 1980 um mindestens zehn Prozent gerechnet werden. Damit dürfte der Anteil des Öls an unserer Energieversorgung 1981 auf rund 45 Prozent sinken, nachdem er 1973 noch über 55 Prozent betragen hatte. Angesichts dieser Erfolge bei der sparsamen und rationellen Verwendung von Energie dürfen wir aber nicht in unserem Bemühen, Energie zu sparen, nachlassen. Im Gegenteil: Dieser Erfolg sollte uns ermutigen, auf diesem Weg fortzuschreiten und noch bestehende Hemmnisse abzubauen.

Wir sind in unserer Energieversorgung nach wie vor abhängig. Die Senkung des Ölanteils muß weitergehen. Das Angebot der anderen verfügbaren Energien ist entsprechend zu erhöhen. Bedenken Sie zum Beispiel, daß die deutsche Steinkohle, die 1960 einen Anteil von 60 Prozent hatte - ehe sie vom Öl insbesondere im Wärmemarkt verdrängt wurde - heute bei rund 20 Prozent liegt, obwohl wir sie hoch subventionieren.

Zum zweiten wird sich der Strombedarf sicherlich anders entwickeln als der gesamte Energieverbrauch. Ich will mich nach den schlechten Erfahrungen mit Prognosen nicht auf bestimmte Zuwachsraten festlegen - gegenüber Angaben von 2,5 bis drei Prozent Stromzuwachs bin ich eher skeptisch. Heute brauchen wir noch Grundlastkraftwerke. Für die Attraktivität der Bundesrepublik als industrieller Standort mit wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen bleibt ein preiswertes und langfristig gesichertes Stromangebot insbesondere im Verhältnis zu Nachbarländern bedeutsam. Zum dritten müssen wir das Problem der Energieversorgung auch unter dem Aspekt der Nachfragestruktur betrachten.

Der derzeitige Energieverbrauch in der Bundesrepublik verteilt sich wie folgt:

- rund 40 Prozent für Raumheizung bei Haushalten und Kleinverbrauch,
- rund 26 Prozent für Prozeßwärme überwiegend in der Industrie,
- rund 24 Prozent für Licht und Motorleistung - das meiste im Verkehr.

Dabei ist der Verkehr bis auf zwei Prozent beim Schienenverkehr ausschließlich vom Öl abhängig. Im Industriesektor werden Öl, Gas und Kohle zu gleichen Teilen eingesetzt, während bei den Haushalten der Anteil des Öls bei rund 60 Prozent liegt. Dies ist ein strategisch wichtiger Punkt für eine Politik des "Weg vom Öl".

Der industrielle Sektor reagiert sehr empfindlich auf die Entwicklung der Energiepreise. Man darf hier am ehesten annehmen, daß der Markt die gewünschten Anpassungen selbst herbeiführt - unter anderem auch dadurch, daß er die Lösung technologischer Probleme erzwingt. Ähnliches gilt auch für den Verbrauchssektor. Alle Anstrengungen



der Automobilhersteller gehen heute endlich dahin, dasselbe Produkt mit derselben Qualität erheblich energiesparender und umweltschonender herzustellen und zur Benutzung anzubieten. Das Auto, das energiesparend produziert wird und selbst wenig Energie verbraucht, hat Zukunft - und nur dieses Auto. Das zeigt der harte internationale Wettbewerb. Ansonsten läßt sich das spezifisch energiepolitische Problem beim Verkehr nur vom Rande her lösen. Stichworte hierfür sind zum Beispiel Verkehrslenkung, Verkehrsberuhigung, Umlegung der Kraftfahrzeug-Steuer, Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs.

Ohne die anderen Verbrauchssektoren zu vernachlässigen, verbleibt das Hauptthema einer nachfrageorientierten Energiepolitik der Sektor Raumheizung. Hier kann und muß mehr zur Energieeinsparung und bei der Ölsubstitution getan werden. Effiziente Versorgungssysteme, neue Produkte und Verfahren zur rationellen Energieverwendung sind besonders im Wärmemarkt gefragt. Ich werde darauf zurückkommen. Energiepolitische Entscheidungen sind an folgenden weiteren Punkten zu orientieren.

Eine ausschließlich nationale Sichtweise wird dem Energieproblem nicht gerecht. Das Energieproblem muß in dem Gesamtzusammenhang langfristig internationaler Entwicklungen betrachtet werden: Wachstum der Weltbevölkerung, Nachholbedarf der Dritten Welt. Preis- und Mengenprobleme auf den Energiemärkten. Die Entwicklungsländer können bereits heute ihre Ölrechnungen nicht mehr bezahlen. Sie stieg von acht Milliarden Dollar 1978 auf rund 76 Milliarden Dollar 1980. Bis 1980 wird sie sich schätzungsweise verdoppeln. Die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe des Westens lag demgegenüber 1979 bei rund 20 Milliarden Dollar; die Verschuldung der Armen bei den Reichen lag 1980 bei circa 450 Milliarden Dollar. Um die Einfuhr des lebenswichtigen Öls zu sichern, werden die meisten Länder der Dritten Welt auf fast alle Güter verzichten müssen, die sie andererseits für ihre Entwicklung, für mehr Wohlstand und Beschäftigung ihrer Bevölkerung benötigen. Wegen ihrer Bevölkerungszunahme müßten sie eigentlich mindestens sieben Prozent Wachstum jährlich erzielen, wenn sie überhaupt Entwicklung und minimalen Fortschritt erreichen wollen. Ihr Wachstum betrug aber 1979 und 1980 nur noch knapp über ein Prozent. Es wird 1981 wahrscheinlich zurückgehen. Heute ist Tatsache, daß die Armen nicht reicher werden, wenn die Reichen ärmer werden. Die Entwicklungsländer brauchen kurz- und mittelfristig das Öl zu billigeren Preisen und langfristig erheblich mehr Öl für ihre Entwicklung. Im Jahr 2000 wird für rund sechs Milliarden Menschen die Energieversorgung eine zentrale Frage des Überlebens und des Zusammenlebens sein.

Das Energieproblem ist daher ein wesentlicher Teil einer aktiven Friedenspolitik. Denn solange die Industrieländer versäumen, ihr wissenschaftlich-technisches Potential und alle zur Verfügung stehenden Energieträger zu nutzen, und stattdessen fortfahren, ihre überlegene Wirtschaftskraft im Verteilungskampf um das knappe und teure Erdöl und Erdgas einzusetzen, handeln sie gegenüber den Entwicklungsländern unsolidarisch.

Von Bedeutung ist schließlich, daß sich die Sicherung der Energieversorgung mit verschiedenen Risiken verbindet. Die Versorgungs- und Preisrisiken beim Öl liegen auf der Hand. Die Umweltrisiken der Kohleverbrennung geraten in ihrem ganzen Ausmaß jetzt langsam in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit. Ich nenne die Stichworte saurer Regen und mögliche Klimaveränderungen. Bei der Nutzung der Kernenergie sind Strahlenrisiken bei einem allerdings extrem unwahrscheinlichen Unfall theoretisch leider nicht auszuschließen. Verantwortliche Energiepolitik kann sich allerdings nicht auf die isolierte Betrachtung eines bestimmten Risikos beschränken. Eine solche Politik muß alle Gefährdungspotentiale und die verschiedenen Risiken der Energieversorgung berücksichtigen.

(-/7.12.1981/ks/ca)

+ + +



Schlecht informiert

Weiß das Bundesinnenministerium tatsächlich so wenig über Rechtsradikale?

Von Dr. Peter Struck MdB

Als Abgeordneter des Wahlkreises Celle/Uelzen sehe ich mit großer Besorgnis die Aktivitäten rechtsradikaler Gruppen in diesen beiden Heide-Landkreisen. Nicht nur die Waffenfunde in Oechtringen / Landkreis Uelzen haben die Gefahren, die von rechtsradikalen Gruppen ausgehen, deutlich gemacht. Mit großer Unruhe reagiert auch ein großer Teil der Bevölkerung auf Jugendliche, die unter Führung Erwachsener in Uniformen ins Gelände fahren und dort sogenannte "Ertchtigungslager" durchführen.

Dazu ein konkreter Fall: In Bergen / Landkreis Celle gibt es eine "Nothilfetechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V.", die unter Leitung des Arztes Jrgens steht. Zu dieser Gruppe habe ich der Bundesregierung folgende Fragen gestellt:

- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über rechtsradikale Aktivitäten der Nothilfetechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V., Bergen / Landkreis Celle, vor, und wie bewertet sie die Tätigkeit ihres Vorsitzenden, Jrgens?
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele Jugendliche in dieser Gruppe Mitglied sind, und ob Berichte über sogenannte Ertchtigungslager im Raum Meißendorf (Landkreis Celle) zutreffen?

Die Antworten der Bundesregierung wurden von Staatssekretär Dr. Fröhlich vom Bundesministerium am 3. Dezember im Bundestag gegeben. Das Protokoll liest sich so:

Dr. Fröhlich, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern: Herr Abgeordneter, mit Ihrem Einverständnis möchte ich die Frage 64 gerne mit beantworten.

Vizepräsident Dr. h.c. Leber: Der Fragesteller ist einverstanden. Dann rufe ich auch die Frage 64 des Herrn Abgeordneten Struck auf: 64.

Dr. Fröhlich, Staatssekretär: ber rechtsextremistische Aktivitäten der Nothilfe-Technischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V. hat die Bundesregierung keine Erkenntnisse. Den Sicherheitsbehörden liegen jedoch Hinweise vor, daß einige Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen dem Verein angehören und daß der Vorsitzende selbst Beziehungen zu Rechtsextremisten unterhalten hat.

Zur Anzahl der jugendlichen Mitglieder des Vereins und über sogenannte Ertchtigungslager im Raum Meißendorf im Landkreis Celle ist den Sicherheitsbehörden nichts bekannt.

Vizepräsident Dr. h.c. Leber: Eine Zusatzfrage, Herr Kollege Struck.

Dr. Struck (SPD): Herr Staatssekretär, können Sie Auskunft darüber geben, ob Verbindungen dieser Gruppe zu den Waffenfunden im Landkreis Uelzen bestehen?

Dr. Fröhlich, Staatssekretär: Nach den bisherigen Ergebnissen des laufenden Ermittlungsverfahrens ist darüber nichts bekannt geworden



Vizepräsident Dr. h.c. Leber: Eine zweite Zusatzfrage, Herr Kollege Struck.

Dr. Struck (SPD): Herr Staatssekretär, können Sie bestätigen, daß diese sogenannten Übungen in gebrauchten Uniformen des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr durchgeführt werden, und haben Sie Erkenntnisse über die Benutzung von Waffen oder waffenähnlichen Geräten?

Dr. Fröhlich, Staatssekretär: Über die Benutzung von Waffen oder waffenähnlichen Geräten liegen keine Informationen vor, Herr Abgeordneter.

Vizepräsident Dr. h.c. Leber: Eine dritte Zusatzfrage, Herr Kollege Struck.

Dr. Struck (SPD): Können Sie dann, Herr Staatssekretär, wenigstens Auskunft über Verbindungen zu weiteren rechtsradikalen Gruppen im Lande Niedersachsen geben?

Dr. Fröhlich, Staatssekretär: Ich habe erwähnt, Herr Abgeordneter, daß einzelne Mitglieder der Organisation Verbindung zu Rechtsextremisten haben. Es handelt sich dabei um die Nationaldemokratische Partei.

Vizepräsident Dr. h.c. Leber: Eine vierte Zusatzfrage, Herr Kollege Struck.

Dr. Struck (SPD): Herr Staatssekretär können Sie vielleicht bestätigen, daß es offenbar Aufgabe dieser Gruppe ist, den Fuhrpark für rechtsradikale Gruppen zu erhalten und zu erweitern, sowie Jugendliche an rechtsradikale Tätigkeiten und wehrsportartige Übungen heranzuführen?

Dr. Fröhlich, Staatssekretär: Herr Abgeordneter, bei all diesen sogenannten Wehrsportgruppen liegt zunächst eine Vermutung in dieser Richtung nahe. Sie muß sich nicht bestätigen, aber sie kann sich bestätigen. Deswegen ist es sicher richtig, ein Auge auf diese Entwicklung zu werfen.

Bewertung dieser Antworten: mager. Sollte es wirklich so sein, daß der Bundesinnenminister nicht weiß, daß

- die Gruppe circa 50 Mitglieder hat, von denen etwa 40 Jugendliche im Alter bis zu 20 Jahren sind?
- die Gruppe über circa 20 Fahrzeuge, PKW und LKW verfügt?
- die Gruppe regelmäßig an Wochenenden sogenannte Ertüchtigungslager durchführt, bei denen die Jugendlichen in gebrauchten Uniformen des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr Kriegsspiele üben?
- die Gruppe ein außerordentliches Spendenaufkommen hat, die offenbar sogar noch steuerlich absetzungsfähig sind?
- daß im Raum Meißendorf / Landkreis Celle an Jugendliche Nazi-Flugblätter verteilt werden, die von dem amerikanischen Nazi Gary Lauck produziert werden?

Fazit: Energische Bekämpfung rechtsradikaler Aktivitäten erfordert verstärkte Anstrengungen von Bund und Ländern! Wenn sich immer mehr Jugendliche diesen Gruppen anschließen und Alt-Nazis folgen, sollte das uns allen ein ernstes Zeichen sein!

(-/7.12.1981/ks/ea)

+ + +



Grundlage der Verständigung zerstört

Schwerer Schaden durch Ausländererlaß des Berliner Innensenators

Von Hans-Georg Lorenz MdB

Ausländerpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin

Die Bombe platzte in der Sitzung des neugegründeten Ausschusses für Ausländerfragen des Abgeordnetenhauses von Berlin, als dieser sich anschickte, über die von der SPD angeregten Maßnahmen zur Begrenzung des weiteren Zustroms von Ausländern zu debattieren:

Innensenator Lummer ließ, während er selbst die Presse informierte, den Parlamentariern bestellen, er habe bereits verfügt, daß junge Ausländer, die sich als nicht integrationsfähig erwiesen hätten, bei Erreichen der Volljährigkeit in ihr Heimatland zurückkehren müßten.

Die Wirkung der Explosion war so verheerend, daß selbst der straßenschlachtengeübte Innensenator erschreckt zurückwich. Bereits sechs Tage später verkündete er den wiederum erstaunten Parlamentariern, so schlimm, wie er es verfügt habe, sei das alles nicht gemeint:

Alle Jugendlichen, die vor dem 20. November 1981 nach Deutschland gekommen seien, sollten nicht unter die Regelungen des neuen Ausländererlasses fallen. Allerdings - wer weniger als fünf Jahre in Berlin sei, wenn er 18 Jahre alt wird, soll nur dann bleiben dürfen, wenn er ein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis nachweisen kann.

Immerhin ein Fortschritt, denn zuvor sollten bei Erreichen des 18. Lebensjahres alle Ausländer, die noch nicht fünf Jahre in Deutschland lebten oder nicht in Ausbildung und Beruf standen, das Land verlassen.

Noch ist nicht ersichtlich, ob dieses Einlenken nur ein Zurückweichen vor den heftigen Reaktionen aller derer war, die Ausländern die Integration in die deutsche Gesellschaft erleichtern wollen - Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, gemeinnützige Organisationen und Verbände, Vereine - oder ob dem Berliner Innensenator zwischenzeitlich klar geworden war, daß sein Erlaß die Grundlage jeder auf Verständigung gerichteten Ausländerpolitik nachhaltig zerstört.



Gesagt wurde ihm dies sehr nachdrücklich. Denn überall in Berlin wurde deutlich, daß die ausländischen Mitbürger das Vertrauen in die bislang von allen demokratischen Parteien getragene Zusage verloren haben, sie und ihre Familien könnten, wenn sie es wollten, auf Dauer in Deutschland bleiben. Zehntausende haben ihre Kinder im Hinblick auf dieses Versprechen für ein Leben in Deutschland erzogen.

Was dies bedeutet, mag ein Beispiel verdeutlichen: Das türkische Mädchen, das ohne Kopftuch in einer deutschen Schule mit dem Ziel erzogen wurde, aus ihr eine emanzipierte Frau zu machen, das mit der Klasse - also auch mit Jungen - auf Reisen ging, Sexualkundeunterricht erhielt, mit Klassenkameraden die Discos besuchte; hat, wenn sie in das inneranatolische Dorf zurückkehren soll, in dem ihre Großeltern noch leben, nicht die Spur einer Chance zur Reintegration. Sie würde eine Ausgestoßene werden, die kein Mann heiratete und die dort ein Martyrium zu erleiden hätte.

Die mutige Lebensentscheidung, ihre Kinder in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, werden verantwortungsbewußt denkende ausländische Eltern auch dann kaum mehr treffen, wenn der Lummer-Erlaß wieder entschärft wird. Zu tief sitzt das Mißtrauen, über Nacht könnte wieder ein ausländerfeindlicher Politiker die Abschiebung ihrer Kinder beschließen.

Die Folgen des Erlasses werden dann die Deutschen zu tragen haben: Zehntausende in Deutschland aufgewachsene Ausländer der zweiten Generation, von denen wir - zu Recht - einen entscheidenden Schritt zur Integration in unserer Gesellschaft erhoffen durften, und die - so lange unsere Verfassung gilt - niemand ausweisen kann, werden ohne Zukunftschance in unserem Lande leben, weil ihre Eltern sie in der Furcht vor Zwangsemigration für ein Leben im Herkunftsland erzogen haben.

Welch sozialen Sprengstoff eine solche "verlorene Generation" darstellen wird, kann wohl noch niemand ermessen. Nur ein überzeugender Rückzug des Senats von Berlin auf den Grundsatz, daß niemand, der legal nach Deutschland kam, in sein Heimatland zurückkehren muß, könnte den schweren Schaden mindern, den der Erlaß der bisherigen Integrationspolitik zugefügt hat.

Dies bleibt die Forderung der Berliner Sozialdemokraten: Ja - zu einer Eingrenzung des weiteren Zustroms von Ausländern in die Stadt, da deren Integrationsfähigkeit erschöpft ist. Nein - zu einer Zwangsemigration, welche die notwendige Integration der bereits hier lebenden Ausländer unmöglich macht. (-/7.12.1981/hl/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

